

Beilage 1518/2015 zu den Wortprotokollen des Oö. Landtags XXVII. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag

**der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten
betreffend
die sektorale Schließung des Arbeitsmarktes für Drittstaatsangehörige und EU-Ausländer**

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für die sektorale Schließung des Arbeitsmarktes für Drittstaatsangehörige und EU-Ausländer sowie einen Stopp der Beitragserhöhungen in der Arbeitslosenversicherung bis zur Umsetzung der Zugangsbeschränkungen einzusetzen.

Begründung

Die Arbeitslosigkeit in Österreich steigt seit beträchtlicher Zeit immer weiter an. So stieg die Arbeitslosigkeit im Mai 2015 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 6,9 Prozent. Die Arbeitslosenquote lag bei 8,6 Prozent und damit um 0,9 Punkte höher als im Vorjahr. Noch höher wird vom Wifo die um jahreszeitliche Schwankungen korrigierte erweiterte Arbeitslosenquote inklusive Schulungsteilnehmer ausgewiesen. Diese lag Ende Mai in Österreich nach Wifo-Berechnungen bereits bei 10,7 Prozent.

Auffallend ist hierbei, dass die Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Schichten der Bevölkerung sehr unterschiedlich wächst. Besonders stark steigt die Arbeitslosigkeit unter Ausländern mit einem Plus von 24,2 Prozent. Damit waren in Österreich im Mai allein 90.814 Ausländer arbeitslos. In Zeiten der Wirtschaftskrise, einbrechender Konjunkturerwartungen und einer immensen Mehrbelastung des Sozialsystems durch die Flüchtlings- und Migrantenkrise ist das ein unhaltbarer Zustand.

Es ist daher dringend notwendig, dass wirksame Maßnahmen zum Schutz des österreichischen Arbeitsmarkts getroffen werden. Diese sollen sektorale Zugangsbeschränkungen auf dem Arbeitsmarkt für Nicht-EU-Bürger und EU-Bürger nach Maßgabe von Ausbildungsniveau, bisheriger und angestrebter Berufstätigkeit sowie branchenspezifischer kurz-, mittel- und langfristiger Konjunkturprognosen beinhalten. Mit diesen Maßnahmen müssen auch die negativen Auswirkungen der EU-Ostöffnung auf den Arbeitsmarkt korrigiert werden. Weiters ist ein absoluter Stopp von Beitragserhöhungen in der Arbeitslosenversicherung notwendig, solange die sektoralen Zugangsbeschränkungen am Arbeitsmarkt nicht vollständig umgesetzt sind.

Linz, am 15.06.2015

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Schießl, Cramer, Mahr, Steinkellner, Klinger, Wall, Povysil, Lackner, Nerat